

Bezugsgebühr
abrechnet für Zeit-
ungen bei täglich aus-
gestellten Zeitungen an
Sonne und Wochentagen
nur einmal) 2.50 Sil.
durch zusätzliche Kon-
zertzeitungen 3.50 Sil.
Bei einmaliger Aus-
stellung durch die Post
Gebühr ohne Belegschaft.
Die den Freien von
Dresden u. Umgebung
am Tage vorher zu-
gelassenen Abend-Blätter
erhalten sie zusätz-
liche Belegschaft mit
der Morgen-Ausgabe
(Trotz Wehr- u. in-
ausbildung. Abendzeit-
ungen werden
nicht aufgelistet.)

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Telefon: 11 * 2096 * 3601.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepisch & Reichardt in Dresden.

Für Feinschmecker	Fondant-Chocolade
Dreiring-	Rahm-Chocolade per Tafel 50 Pf.
LOBECK & C°	Bitter-Chocolade
	Cacao per 1/2 Kg. Dose 2.40 M.
	Dessert per Carton 2.3 u. 5 M.



Wer sein Heim nach künstlerisch. Grundsätzen
individuell ausstatten will, wende sich an die
Raumkunst
Dresden-A., Victoriastraße 5/7.
Einrichtungen für Schlösser, Villen, Sanatorien, Hotels,
Wohnungen etc. — Brautausstattungen v. 2500 M. an.

Königl. Preuss. Staatsmedaille i. Silber.
Bon Jour mit Goldmundstück 3 1/2 Pf.
Kriegsschule do 4 Pf.
Luftschiffer do 5 Pf.
Kronprinz Wilhelm m. versch. Mundstück 6 1/2 Pf.

Egyptian Cigarette Company, Berlin NW. 7
Kairo — Brüssel — London E. C. — Frankfurt a. M., Bahnhofplatz 10.
Grand Prix Weltausstellung St. Louis 1904.

Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.

Anzeigen-Tarif
Mindestpreis von 10 Pf.
bis 100 Pf. bis 1000 Pf.
3 Uhr. Sonntags nur
Sonderanzeige 20 Pf. von
11 bis 12 Uhr. Die
einfachste Grundseite
von 8 Seiten 25 Pf.,
Familien-Abdrucke
aus Dresden 20 Pf.,
Geschäfts-Anzeigen auf
der Grundseite 25 Pf.
der Grundseite 30 Pf.;
Büro- u. Zeitungslage
mit großer Zusatz-
abgabe. Jedes Bei-
leger-Blatt kostet 10 Pf.



Reisekoffer, Reise-Artikel, Lederwaren. Adolf Näter, Größtes Lederwaren-Spezialgeschäft 26 Prager Straße 26.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Veränderlich. Gewitterneigung.

Der frühere Präsident der Ersten Ständekammer Wirth, geh. Rat Dr. Graf v. Koennerth ist in Würzen gestorben.

Das Karneval-Lustschiff wird bei günstiger Witterung heute nachmittag 1/2 Uhr unter Führung des Oberleutnants a. D. Stelling Witterfeld verlassen und etwa 15 Uhr in Dresden eintreffen.

Das 50jährige Jubiläum des Johanniter-Ordens in Sachsen wurde zu Heidenau feierlich begangen.

Der Chemnitzer Nationalliberale Verein hat in einer Hauptversammlung ein Vertrauensvotum für den Abg. Langhammer beschlossen, entgegen dem Beschluss der Kommission.

Die Leipziger Männer beschlossen die sofortige Aufhebung des Streits mit 1086 gegen 558 Stimmen.

Der „Neidsonn zeiger“ veröffentlicht die Ernennung des Staatsministers Freiherrn v. Rheinbaben zum Oberpräsidenten der Rheinprovinz und des Unterstaatssekretärs im Staatsministerium Dr. jur. v. Guenther in Berlin zum Oberpräsidenten der Provinz Schlesien.

Walter Beppelen veröffentlicht einen offenen Brief an die Deutsche Lustschiffahrts-Aktien-Gesellschaft.

Der Jungliberale Verein Augsburg hat beschlossen, von nun an den Namen „Vorwärtschaffender Volksverein“ zu führen und den Anschluß an die Vorfahrtliche Volkspartei in die Wege zu leiten.

Das Urteil gegen den Oberpostassistenten Gottschalk, den Vorsitzenden des Verbandes deutscher Reichspost- und Telegraphen-Assistenten, ist vom Kaiserlichen Disziplinarhof bestätigt worden.

Der „Chamberlain der Republik“

Ist nach der Meinung des französischen Sozialistenehlers Jaurès Herr Briand geworden, nachdem er auf sein Programm der Zusammenfassung, Vernichtung und Verjährung aller bürgerlich republikanischen Elemente ein so durchschlagendes Vertrauensvotum in der Kammer erzielt hat, daß von 525 abstimmdenden Abgeordneten sich 404 auf seine Seite schlugen. Diese Mehrheit umfaßt den gesamten Republikanismus vom äußersten linken (radikalen) bis zum rechten Flügel und bildet somit einen geschlossenen Ring gegenüber der sozialrevolutionären Minderheit, die nur die schwachen Hilfsgruppen der klerikalen Republikaner — Monarchisten wagen sich diese Elemente schon lange nicht mehr zu nennen — und der wenigen, auf das Zusammengehen mit den Sozialisten um jeden Preis eingegliederten Radikalen, den sogenannten Radikal-Sozialisten, für sich auf die Beine zu bringen vermocht hatte. Seit dem Jahre 1889, als das auf das gleiche Programm der Vereinigung aller bürgerlich republikanischen Elemente unter Ausschluß der Sozialisten gestiftete Kabinett Méline in der Versenkung verschwand, ist eine so ausgesprochene Kündigung zugunsten einer vom Kaiserhaltenden Geschäftspunkte geleiteten Regierungskontrolle nicht wieder dagekommen, auch nicht unter Waldeck-Rousseau, der zwar denselben Zielen zuhörte, aber trotz aller Bemühungen nicht instand war, einen ähnlichen Erfolg in seinem politischen Haben-Konto zu buchen. Dabei will es eine seltsame Laune des Zufalls, daß dieselbe Frucht, der ordnungsparteiliche Zusammenschluß aller nichtsozialistischen Republikaner gegen den Umsturz, die dem aus einem konservativen Milieu hervorgegangenen gewiegten Staatsmann Waldeck-Rousseau zu plädieren nicht vergaßt war, jetzt einem Nachfolger in den Thron fällt, der selbst aus revolutionären Anfängen heraußgewachsen ist, aber die Fähigkeit besessen hat, sich in verantwortlicher Stellung zu einer gründlichen Würdigung der praktischen Staatsnotwendigkeiten aufzuwählen und danach sein Handeln als Leiter der politischen Geschäfte der Republik einzurichten. Wie vor Jahren der Chamberlain in England mit dem Zauberworte der Tarifreform eine grundstürzende Handlung in den politischen Verhältnissen seines Landes in die Wege leitete, so ist jetzt in Frankreich Briand mit der Parole eines sozialen Konser- tivismus auf den Plan getreten, der das einigende Band zwischen den gemäßigten Republikanern und dem des gefährlichen Spiels mit dem revolutionären Feuer müden, weit aus überwiegenden Teile des Radikalismus darstellen soll.

Herr Briand mit seinem Appell an die bürgerlich republikanische Einigkeit einen so unerwartet glän-

zenden Erfolg gehabt hat, so liegt das nicht etwa an der Renown des von ihm vertretenen Gedankens, der vielmehr von Méline und Waldeck-Rousseau bereits nach allen Richtungen belebt und zur allgemeinen Erörterung gestellt worden ist. Höchstens kann sich Herr Briand insofern eine gewisse Originalität zurechnen, als er es verstanden hat, einer bereits bekannten Sache eine neue Form im Gestalt des Schlagwortes „sozialer Konservatismus“ zu geben, das wohl geeignet war, unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine besonders zündende Wirkung hervorzurufen. Im übrigen aber hätte Briands Mahnruf sicher keine so einschneidende Tragweite gehabt, wenn nicht die zersegenden Folgen der seit 1889 in ununterbrochenem Aufstiege begrißten Herrschaft des Radikalismus im gesamten Staatswesen der Republik sich auf der ganzen Linie sichtbar gemacht und selbst in radikalen Kreisen die Einsicht gezeigt hätten, daß es schließlich auf dieser verhängnisvollen Bahn überhaupt kein Halten mehr geben und der Staatswagen unweigerlich dem Abwärts zu rollen würde, wenn nicht noch im letzten entscheidenden Augenblitke eine kräftige Energie den rasenden Rossen in die Bremse fiele. Diese allgemeine Stimmung war es, die Herr Briand in erster Linie zugute kam und ihm zu jinem nachdrücklichen parlamentarischen Sieg verhalf.

Der gewandte, mit augencheinlichen diplomatischen Talenten ausgezeichnete Ministerpräsident wirkte den seiner programmatischen Rundgebung günstigen Stimmungsüberdruck der öffentlichen Meinung, wie er sich in der Haltung der überwiegenden Mehrheit der Kammer widerrief, so wohl zu würdigen, daß er sich durch keinen scheinbaren Verliererzorn der Radikalen zu der Preisgabe irgendeines wesentlichen Punktes seiner wohlüberlegten Darlestellungen verleiten ließ. Der Kern seines Programms besteht in der Erklärung, daß er zwar mit den Republikanern, aber nicht allein für sie, sondern für das ganze Land, für ganz Frankreich regieren wolle und daß die Organe seiner Regierung und Verwaltung zum Nutzen nicht der Parteien, sondern aller Bürger wirken würden. Das bedeutet eine klare und unzweideutige Stellungnahme gegen die bisherige Geopflogenheit, der Regierung den Stempel eines einseitigen Vollzugsorganes des radikalen Völkliberalismus unter sozialistischer Weihrauch aufzudrücken. Demgegenüber machten die Radikalen durch den Mund ihres Führers Bertheaux noch einen letzten Versuch, durch einen lästigen Theaterdonner den Ministerpräsidenten einzuschüchtern und ihn zu einer offiziellen Verleugnung des Rechtsrepublikanismus zu bewegen, indem sie ihm, scheinbar in heller Wit, feste anfragten für den Fall, daß er nicht die von ihnen verlangte schwarze Grenzlinie ziehe. Herr Briand ließ sich aber nicht irre machen, sondern hielt seinen Gedanken eines durch den Anzug der Gemäßigten erweiterten und vertieften Republikanismus mit entschiedener Frontwendung gegen den Sozialismus voll aufrecht, wofür er dann die Genugtuung hatte, daß die anscheinend so zornwütigen Radikalen bei der Abstimmung ihm ebenfalls mit die Stange hielten. Diese Einschwörung der Radikalen in das Lager der Regierungsmehrheit erklärt sich aus der allgemeinen politischen Lage hinreichend; denn einmal sind die befeindeten Elementen der radikalen Richtung selbst ernstlich betroffen über die Machtstellung, zu der im Laufe von noch nicht 1½ Jahrzehnten durch die Förderung von Seiten der bürgerlichen Extremen der Sozialismus gelangt ist, und zum andern wissen die Herren von der radikalen Observanz nur zu gut, daß sie im Lande allen Kredit eingebüßt haben und sich selbst vollends auf den Aussterbe-Statu bei ihren bürgerlichen Wählern gefestigt hätten, wenn sie dem staatsverhaltenden republikanischen Einigungsprogramm Briands ihre Unterstützung bei der Abstimmung versagt hätten.

Daher es dem Ministerpräsidenten mit seinen staatsverhaltenden Grundsätzen, die sich ebenso sehr gegen die bürgerlichen Freunde der Revolutionäre, die Radikal-Sozialisten, wie gegen die Sozialisten selbst richten, ernst ist, hat er auch außerhalb des Parlaments durch seine Haltung in der Libocean-Affäre bewiesen. Libocean ließ ein verächtlicher Pariser „Apache“ (Raubmörder) und Anarchist, der einen Schuhmann in bestialischer Weise ermordet hatte und dafür zum Tode verurteilt worden war. Die sozialen Revolutionäre hatten daraufhin eine Agitation für die Begnadigung des Mörders eingeleitet und eine wütige Strafhausausschreitung inszeniert, bei der Revolutionäre und Polizei in Tätigkeit traten, um der Bewegung „Nachdruck“ zu geben. Herr Briand zeigte sich aber als Herr der Situation, indem er, getreu der von ihm abgegebenen

Erklärung, daß seine Regierung keine die öffentliche Ordnung förende Straßenkundgebung dulden und zum Schutz aller friedlichen Bürger Übergriffe der revolutionären Sozialisten mit der größten Energie zurückweisen werde, die Unruhestifter idross durch die bewaffnete Macht zur Röte bringen ließ und gleichzeitig категорisch vom Präsidenten Halleres den Kopf des Uebeltäters forderte, der denn auch prompt unter dem Fallbeil der Guillotine in den Sand rollte. Dieses zielpunktreiche Auftreten hat Herrn Briand bei allen Gegnern der revolutionären Treibereien, die nachgerade den Wipfel des Unverträglichen erreichten haben, Vertrauen und Sympathie verschafft, die in der Hoffnung der gemäßigten republikanischen Presse zum Ausdruck kommen, daß die Weisheit der All stark und zuverlässig sei und Ton zu verpire; sie ist nicht eine Mehrheit bloß eines einzigen Mannes, sondern der gesamten ordnungsliebenden Wählerlichkeit und werde alle Reformen durchführen, die das Land verlange. Wenn sich die Erwartung bestätigt und der seit 1889 zum ersten Male unternommene Versuch der Rechtsrepublikaner, den Anschluß an die republikanische Mehrheit wiederzugewinnen, von nachhaltigem Erfolge begleitet sein sollte, so müßte die jetzige Wendung in der parlamentarischen und parteilichen Entwicklung der 3. Republik als ein Markstein auf dem Wege zur inneren Gesundung Frankreichs bezeichnet werden.

Neueste Drahtmeldungen

vom 4. Juli

Zwei neue Oberpräsidenten.

Berlin. (Priv.-Tel.) Heute abend veröffentlicht auch der „Reichsanz.“ die Ernennung des Staatsministers Dr. v. Rheinbaben zum Oberpräsidenten der Rheinprovinz und des Unterstaatssekretärs im Staatsministerium Dr. jur. v. Guenther in Berlin zum Oberpräsidenten der Provinz Schlesien.

Ordens-Medaillen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Dem sächsischen Finanz- und Baurat Max Ringel, Vorstand des Straßen- und Wasserbaubamts I in Meißen, und dem sächsischen Obervermessungsinspektor Baurat Oskar Wöllnius zu Dresden wurde der preußische Note Adlerorden 4. Klasse verliehen. Der sächsische Bezirks-Strömmeister Ernst Mehle zu Meißen erhielt das Kreuz des preußischen Allgemeinen Ehrenzeichens.

Das Schiffahrtsabgaben-Gesetz.

Berlin. (Priv.-Tel.) Das Gesetz betreffend Erhebung von Schiffahrtsabgaben auf den deutschen Flüssen wird im Reichstage nach dem Willen der Regierung als erste Weisungsvorlage zur Beratung kommen. Der Reichskanzler wird sich zuvor mit den großen Parteien in Verbindung setzen, um eine schnelle Gesetzewerdung des Entwurfs herbeizuführen. Man hofft die Zustimmung Deutschlands, Ungarns und Hollands bis spätestens Frühjahr 1911 endgültig erreicht zu haben. Das britische Projekt eines Donau—Main—Rhein-Kanals wird unmittelbar nach Annahme des Abgabengesetzes durch den Reichstag von Preußen aufgenommen werden.

Neuer Erzbischof für Posen?

Berlin. (Priv.-Tel.) Wie eine bischöfliche Korrespondenz aus Posen erfährt, soll eine Neubesetzung des erzbischöflichen Stuhls in naher Aussicht stehen, und zwar soll sie zeitlich mit der Einweihung des Posener Kaiser- und Marien-Klosters zusammenfallen. Der Bataillon soll darauf hingewiesen haben, daß es nunmehr an der Zeit wäre, diejenigen Posten zu bekleben, die mit der Vergabeung der Angelegenheit die Lösung der Nationalitätsfrage nicht leichter werde, und die Kirche hätte ihr größtes Interesse daran, daß der erzbischöfliche Stuhl nicht länger verwaist bleibe. Im Anschluß daran soll der Bataillon zu erkennen gegeben haben, daß er bereit sei, die preußischen Wünsche in der Personfrage tunlich zu veräußern.

Gründung eines Reichsverbandes deutscher Städte.

Berlin. (Priv.-Tel.) Ein Reichsverband deutscher Städte, der nicht bloß Städte, sondern auch Landgemeinden und Kommunalverbände umfaßt, soweit sie weniger als 25 000 Einwohner haben, ist gegründet worden. In Berlin soll eine Geschäftsstelle errichtet werden.

Eine neue Beschwerde der Brüder Mannesmann.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Brüder Mannesmann haben eine neue Beschwerde an die Reichsregierung eingerichtet, in der sie eine Beleidigung der Erledigung ihrer Rechtsansprüche in Marokko erbitten.

Deutsche Schuhmähdregeln gegen die russische Cholera.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der „Reichsanz.“ veröffentlicht folgende Bekanntmachung: Nachdem nach amtlichen Nachrichten die Cholera in denjenigen russischen Gouvernements, die an das Schwarze Meer angrenzen, erheblich an Ausdehnung zugenommen hat und die Stadt Rostow

Special-Gesellalt
Gebrüder Wohlauf.
Nur Handschuhe

Handschieße Altmärkt 8 Handschuh